Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität - Mozilla Firefox
Datei Bearbeiten Ansicht Gehe Lesezeichen Extras Hilfe
http://www.uni-bonn.de/Aktuelles/Presseinformationen/2006/249.html
Go

Bonn - Berlin: Kaum Umdenken 15 Jahre nach Entscheidung

Politische Befürworter wie Gegner fühlen sich in ihren Argumenten von damals bestätigt

Am 20. Juni 1991 entschied der Deutsche Bundestag nach teilweise erbitterter Debatte, Parlament und Teile der Regierung nach Berlin zu verlagern. Heute, genau 15 Jahre später, sehen sich sowohl Gegner als auch Befürworter des Umzugs in ihren Argumenten im Großen und Ganzen bestätigt. Das zeigt eine Magisterarbeit an der Universität Bonn, für die der Politologe Andreas Salz die damaligen Kontrahenten befragt hat. Der immer wieder vorgebrachte Wunsch nach einem "Komplettumzug", so Salz, habe angesichts der nach wie vor tiefen Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern momentan wohl keine Chance.

In der Umzug-Frage verlief die Grenze quer durch die Parteien. Während sich Politiker wie Norbert Blüm oder Rita Süssmuth (beide CDU) gegen die Hauptstadt Berlin aussprachen, plädierten ihre Parteikollegen Wolfgang Schäuble und Rupert Scholz dafür. Auch die SPD zeigte sich gespalten, wenn sich auch unter den Befürwortern eines Umzugs so prominente Genossen wie Wolfgang Thierse und Hans-Jochen Vogel fanden.

Der Bonner Politologe Andreas Salz hat für seine Magisterarbeit Politiker angeschrieben, die sich vor 15 Jahren in der Hauptstadtfrage besonders engagiert hatten - darunter auch die oben genannten. "Ich wollte insbesondere wissen, welche Hoffnungen oder Befürchtungen sie damals mit einem Umzug verbunden hatten und ob sie ihre Meinung inzwischen geändert haben", sagt er. Betreut wurde seine Arbeit von Professor Dr. Uwe Holtz, der selbst zwischen 1972 und 1994 Mitglied des Bundestags war und inzwischen am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität lehrt.

Bei der Analyse der Debatte vom 20. Juni 1991 hatten sich laut Salz fünf Argumentationskategorien herauskristallisiert, die sich auf historische, innenpolitische, außenpolitische, verwaltungstechnische und wirtschaftliche Aspekte beziehen. Heute haben nicht mehr alle Argumente Gültigkeit. So seien die Befürchtungen hinsichtlich der negativen Symbolik Berlins so nicht eingetreten. "Berlin knüpft bewusst an die positiven Aspekte ihrer Tradition als Hauptstadt Deutschlands an, ohne dabei die Gewaltherrschaften, die von der Stadt ausgegangen sind, zu verdrängen", erklärt Salz.

Sowohl Befürworter als auch Gegner sehen viele ihrer Argumente jedoch nach wie vor als gültig an - auch wenn beispielsweise Rita Süssmuth betont, die Entscheidung für Berlin heute zu bejahen. Die Umzugsgegner hatten vor 15 Jahren unter anderem argumentiert, dass das Geld für den Umzug besser in den "Aufbau Ost" fließen solle. Auch repräsentiere das bescheidenere Bonn das föderalistische Prinzip besser als Berlin. In dieser Einschätzung sehen sie sich heute bestätigt: "Natürlich gibt es Zentralisierungstendenzen", schreibt beispielsweise der FDP-Politiker Gerhard Baum. Rita Süssmuth drückt es ähnlich aus: "Berlin ist zum Magneten geworden, auf den sich Medien, kulturelle Einrichtungen und Berufsverbände fokussieren und konzentrieren."

"Berlin ist hektischer, nervöser, rücksichtsloser"

Übereinstimmend stellen die Umzugsgegner fest, dass der Umgangston in der neuen Hauptstadt rauer sei: "Berlin ist aufgeregter. Berlin ist repräsentativer. Berlin ist großspuriger", erklärt Norbert Blüm. Ins selbe Horn stößt Gerhard Baum: "Berlin ist hektischer, nervöser, rücksichtsloser. Der Kampf der Medien gegeneinander ist härter." Der CDU-Abgeordnete Franz Möller macht zudem eine zunehmende Distanz der politisch Handelnden von den Bürgern aus. "In Bonn wurde rheinisch-fröhlich gehandelt, in Berlin wirkt alles preußisch-steif und verkrampft."

Änderungen sieht auch der Umzugs-Befürworter Wolfgang Schäuble. Politik und Medienberichterstattung seien rasanter geworden, es lasse sich aber nicht feststellen, ob der Grund dafür der Umzug sei. Schäuble hatte - wie auch Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Thierse und andere Berlin-Befürworter - 1991 unter anderem damit argumentiert, die Bundesrepublik müsse zu ihrem Wort stehen, um glaubwürdig zu bleiben. In den 40 Jahren der Teilung hätten sich die Parteien für den Fall einer Wiedervereinigung stets für die Hauptstadt Berlin ausgesprochen. "Die Glaubwürdigkeit ist meines Erachtens auch heute noch eine zentrale Kategorie politischen Handelns", betont Schäuble heute. Zentralisierungstendenzen sehen Schäuble wie auch die anderen Berlin-Befürworter wenn überhaupt lediglich im kleinen Maßstab. "Die Föderalismusreform tendiert jedenfalls nicht in diese Richtung", argumentiert beispielsweise Hans-Jochen Vogel.

"Zwar wird Berlin heute auch auf Seiten der Bonn-Befürworter als Hauptstadt weitgehend akzeptiert", resümiert Andreas Salz. "Allerdings scheinen selbst nach 15 Jahren die Gräben zwischen den Lagern tief und kaum überwindbar." Die 1994 im Berlin/Bonn-Gesetz gefundene Kompromisslösung, nach der beispielsweise ein Teil der Ministerien in Bonn bleibt, sei auch heute noch der kleinste gemeinsame Nenner. "Der immer wieder vorgebrachte Vorschlag eines Totalumzugs ist daher wohl zumindest in nächster Zeit nicht realistisch."

Kontakt:
Andreas Salz
Telefon: 0228/53 68 644
Mobil: 0179/81 85 180
E-Mail: andreas@salznet.de

Copyright © Uni - Bonn Verantwortlich: Pressestelle 19.06.2006 12:56 SEITENANFANG
Fertig

idw - Bonn - Berlin: Kaum Umdenken 15 Jahre nach Entscheidung - Mozilla Firefox
Datei Bearbeiten Ansicht Gehe Lesezeichen Extras Hilfe
http://idw-online.de/pages/de/news164372

Persönlicher Zugang
Benutzerkennung:
Passwort:
Anmelden
Password vergessen?

Kostenlose Angebote
Abonnement abschließen
RSS-Feed konfigurieren
Nachrichtenticker
Suche im idw-Archiv
Wissenschaftskalender
Kiosk - die Linksammlung
Adressbuch

Besondere Angebote
Für Journalisten
Für Pressestellen wissenschaftlicher Einrichtungen

Bonn - Berlin: Kaum Umdenken 15 Jahre nach Entscheidung

Veröffentlicht am: 19.06.2006
Veröffentlicht von: Frank Luerweg
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Kategorie: überregional
Forschungsergebnisse
Politik und Recht

Druckansicht

Am 20. Juni 1991 entschied der Deutsche Bundestag nach teilweise erbitterter Debatte, Parlament und Teile der Regierung nach Berlin zu verlagern. Heute, genau 15 Jahre später, sehen sich sowohl Gegner als auch Befürworter des Umzugs in ihren Argumenten im Großen und Ganzen bestätigt. Das zeigt eine Magisterarbeit an der Universität Bonn, für die der Politologe Andreas Salz die damaligen Kontrahenten befragt hat. Der immer wieder vorgebrachte Wunsch nach einem "Komplettumzug", so Salz, habe angesichts der nach wie vor tiefen Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern momentan wohl keine Chance.

In der Umzug-Frage verlief die Grenze quer durch die Parteien. Während sich Politiker wie Norbert Blüm oder Rita Süssmuth (beide CDU) gegen die Hauptstadt Berlin aussprachen, plädierten ihre Parteikollegen Wolfgang Schäuble und Rupert Scholz dafür. Auch die SPD zeigte sich gespalten, wenn sich auch unter den Befürwortern eines Umzugs so prominente Genossen wie Wolfgang Thierse und Hans-Jochen Vogel fanden.

Der Bonner Politologe Andreas Salz hat für seine Magisterarbeit Politiker angeschrieben, die sich vor 15 Jahren in der Hauptstadtfrage besonders engagiert hatten - darunter auch die oben genannten. "Ich wollte insbesondere wissen, welche Hoffnungen oder Befürchtungen sie damals mit einem Umzug verbunden hatten und ob sie ihre Meinung inzwischen geändert haben", sagt er. Betreut wurde seine Arbeit von Professor Dr. Uwe Holtz, der selbst zwischen 1972 und 1994 Mitglied des Bundestags war und inzwischen am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität lehrt.

Bei der Analyse der Debatte vom 20. Juni 1991 hatten sich laut Salz fünf Argumentationskategorien herauskristallisiert, die sich auf historische, innenpolitische, außenpolitische, verwaltungstechnische und wirtschaftliche Aspekte beziehen. Heute haben nicht mehr alle Argumente Gültigkeit. So seien die Befürchtungen hinsichtlich der negativen Symbolik Berlins so nicht eingetreten. "Berlin knüpft bewusst an die positiven Aspekte ihrer Tradition als Hauptstadt Deutschlands an, ohne dabei die Gewaltherrschaften, die von der Stadt ausgegangen sind, zu verdrängen", erklärt Salz.

Sowohl Befürworter als auch Gegner sehen viele ihrer Argumente jedoch nach wie vor als gültig an - auch wenn beispielsweise Rita Süssmuth betont, die Entscheidung für Berlin heute zu bejahen. Die Umzugsgegner hatten vor 15 Jahren unter anderem argumentiert, dass das Geld für den Umzug besser in den "Aufbau Ost" fließen solle. Auch repräsentiere das bescheidenere Bonn das föderalistische Prinzip besser als Berlin. In dieser Einschätzung sehen sie sich heute bestätigt: "Natürlich gibt es Zentralisierungstendenzen", schreibt beispielsweise der FDP-Politiker Gerhard Baum. Rita Süssmuth drückt es ähnlich aus: "Berlin ist zum Magneten geworden, auf den sich Medien, kulturelle Einrichtungen und Berufsverbände fokussieren und konzentrieren."

"Berlin ist hektischer, nervöser, rücksichtsloser"

Übereinstimmend stellen die Umzugsgegner fest, dass der Umgangston in der neuen Hauptstadt rauer sei: "Berlin ist aufgeregter. Berlin ist repräsentativer. Berlin ist großspuriger", erklärt Norbert Blüm. Ins selbe Horn stößt Gerhard Baum: "Berlin ist hektischer, nervöser, rücksichtsloser. Der Kampf der Medien gegeneinander ist härter." Der CDU-Abgeordnete Franz Möller macht zudem eine zunehmende Distanz der politisch Handelnden von den Bürgern aus. "In Bonn wurde rheinisch-fröhlich gehandelt, in Berlin wirkt alles preußisch-steif und verkrampft."

Änderungen sieht auch der Umzugs-Befürworter Wolfgang Schäuble. Politik und Medienberichterstattung seien rasanter geworden, es lasse sich aber nicht feststellen, ob der Grund dafür der Umzug sei. Schäuble hatte - wie auch Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Thierse und andere Berlin-Befürworter - 1991 unter anderem damit argumentiert, die Bundesrepublik müsse zu ihrem Wort stehen, um glaubwürdig zu bleiben. In den 40 Jahren der Teilung hätten sich die Parteien für den Fall einer Wiedervereinigung stets für die Hauptstadt Berlin ausgesprochen. "Die Glaubwürdigkeit ist meines Erachtens auch heute noch eine zentrale Kategorie politischen Handelns", betont Schäuble heute. Zentralisierungstendenzen sehen Schäuble wie auch die anderen Berlin-Befürworter wenn überhaupt lediglich im kleinen Maßstab. "Die Föderalismusreform tendiert jedenfalls nicht in diese Richtung", argumentiert beispielsweise Hans-Jochen Vogel.

"Zwar wird Berlin heute auch auf Seiten der Bonn-Befürworter als Hauptstadt weitgehend akzeptiert", resümiert Andreas Salz. "Allerdings scheinen selbst nach 15 Jahren die Gräben zwischen den Lagern tief und kaum überwindbar." Die 1994 im Berlin/Bonn-Gesetz gefundene Kompromisslösung, nach der beispielsweise ein Teil der Ministerien in Bonn bleibt, sei auch heute noch der kleinste gemeinsame Nenner. "Der immer wieder vorgebrachte Vorschlag eines Totalumzugs ist daher wohl zumindest in nächster Zeit nicht realistisch."

Kontakt:
Andreas Salz
Telefon: 0228/53 68 644
Mobil: 0179/81 85 180
E-Mail: andreas@salznet.de

Der idw
Über den idw
FAQ
Kooperationspartner
Impressum
Rechte und Verantwortung
Kontakt zum idw-Team

Veranstaltungen im Juni 2006

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
			1	2	3	4
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25
26	27	28	29	30		

< Vormonat | Folgemonat >

Einige Termine der nächsten Tage
Mit dem Fernstudium Sozialkompetenz zum Erfolg
Ausstellung "Gesundheit im Buch"
Vortragsreihe "Keine Zeit!"
Introduction to Non-Sequential Zemax
8. BAIKA-Jahreskongress "Zulieferer Innovativ",5. Juli ...

© 1995-2006 Informationsdienst Wissenschaft e.V. - Impressum

Fertig

20.06.2006 - POLITIKWISSENSCHAFT

Die unendliche Hauptstadtfrage

Kaum Umdenken 15 Jahre nach der Entscheidung

Frank Luerweg

Berliner Kanzleramt

Am 20. Juni 1991 entschied der Deutsche Bundestag nach teilweise erbitterter Debatte, Parlament und Teile der Regierung nach Berlin zu verlagern. Heute, genau 15 Jahre später, sehen sich sowohl Gegner als auch Befürworter des Umzugs in ihren Argumenten im Großen und Ganzen bestätigt. Das zeigt eine Magisterarbeit an der Universität Bonn, für die der Politologe Andreas Salz die damaligen Kontrahenten befragt hat. Der immer wieder vorgebrachte Wunsch nach einem "Komplettumzug", so Salz, habe angesichts der nach wie vor tiefen Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern momentan wohl keine Chance.

In der Umzug-Frage verlief die Grenze quer durch die Parteien. Während sich Politiker wie Norbert Blüm oder Rita Süssmuth (beide CDU) gegen die Hauptstadt Berlin aussprachen, plädierten ihre Parteikollegen Wolfgang Schäuble und Rupert Scholz dafür. Auch die SPD zeigte sich gespalten, wenn sich auch unter den Befürwortern eines Umzugs so prominente Genossen wie Wolfgang Thierse und Hans-Jochen Vogel fanden.

Gründungsväter der Bonner Republik1949 Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Theodor Heus

Der Bonner Politologe Andreas Salz hat für seine Magisterarbeit Politiker angeschrieben, die sich vor 15 Jahren in der Hauptstadtfrage besonders engagiert hatten - darunter auch die oben genannten. "Ich wollte insbesondere wissen, welche Hoffnungen oder Befürchtungen sie damals mit einem Umzug verbunden hatten und ob sie ihre Meinung inzwischen geändert haben", sagt er. Betreut wurde seine Arbeit von Professor Uwe Holtz, der selbst zwischen 1972 und 1994 Mitglied des Bundestags war und inzwischen am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität lehrt.

Bonner Abgeordnetenhochhaus Langer Eugen

Bei der Analyse der Debatte vom 20. Juni 1991 hatten sich laut Salz fünf Argumentationskategorien herauskristallisiert, die sich auf historische, innenpolitische, außenpolitische, verwaltungstechnische und wirtschaftliche Aspekte beziehen. Heute haben nicht mehr alle Argumente Gültigkeit. So seien die Befürchtungen hinsichtlich der negativen Symbolik Berlins so nicht eingetreten. "Berlin knüpft bewusst an die positiven Aspekte ihrer Tradition als Hauptstadt Deutschlands an, ohne dabei die Gewaltherrschaften, die von der Stadt ausgegangen sind, zu verdrängen", erklärt Salz.

Sowohl Befürworter als auch Gegner sehen viele ihrer Argumente jedoch nach wie vor als gültig an - auch wenn beispielsweise Rita Süssmuth betont, die Entscheidung für Berlin heute zu bejahen. Die Umzugsgegner hatten vor 15 Jahren unter anderem argumentiert, dass das Geld für den Umzug besser in den "Aufbau Ost" fließen solle. Auch repräsentiere das bescheidenere Bonn das föderalistische Prinzip besser als Berlin. In dieser Einschätzung sehen sie sich heute bestätigt: "Natürlich gibt es Zentralisierungstendenzen", schreibt beispielsweise der FDP-Politiker Gerhard Baum. Rita Süssmuth drückt es ähnlich aus: "Berlin ist zum Magneten geworden, auf den sich Medien, kulturelle Einrichtungen und Berufsverbände fokussieren und konzentrieren."

Plenarsaal im renovierten Reichstag

Übereinstimmend stellen die Umzugsgegner fest, dass der Umgangston in der neuen Hauptstadt rauer sei: "Berlin ist aufgeregter. Berlin ist repräsentativer. Berlin ist großspuriger", erklärt Norbert Blüm. Ins selbe Horn stößt Gerhard Baum: "Berlin ist hektischer, nervöser, rücksichtsloser. Der Kampf der Medien gegeneinander ist härter." Der CDU-Abgeordnete Franz Möller macht zudem eine zunehmende Distanz der politisch Handelnden von den Bürgern aus. "In Bonn wurde rheinisch-fröhlich gehandelt, in Berlin wirkt alles preußisch-steif und verkrampft."

Änderungen sieht auch der Umzugs-Befürworter Wolfgang Schäuble. Politik und Medienberichterstattung seien rasanter geworden, es lasse sich aber nicht feststellen, ob der Grund dafür der Umzug sei. Schäuble hatte - wie auch Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Thierse und andere Berlin-Befürworter - 1991 unter anderem damit argumentiert, die Bundesrepublik müsse zu ihrem Wort stehen, um glaubwürdig zu bleiben. In den 40 Jahren der Teilung hätten sich die Parteien für den Fall einer Wiedervereinigung stets für die Hauptstadt Berlin ausgesprochen. "Die Glaubwürdigkeit ist meines Erachtens auch heute noch eine zentrale Kategorie politischen Handelns", betont Schäuble heute. Zentralisierungstendenzen sehen Schäuble wie auch die anderen Berlin-Befürworter wenn überhaupt lediglich im kleinen Maßstab. "Die Föderalismusreform tendiert jedenfalls nicht in diese Richtung", argumentiert beispielsweise Hans-Jochen Vogel.

Umzugsbeschluss als Vollendung der Einheit - oder ewiger Zankapfel

"Zwar wird Berlin heute auch auf Seiten der Bonn-Befürworter als Hauptstadt weitgehend akzeptiert", resümiert Andreas Salz. "Allerdings scheinen selbst nach 15 Jahren die Gräben zwischen den Lagern tief und kaum überwindbar." Die 1994 im Berlin/Bonn-Gesetz gefundene Kompromisslösung, nach der beispielsweise ein Teil der Ministerien in Bonn bleibt, sei auch heute noch der kleinste gemeinsame Nenner. "Der immer wieder vorgebrachte Vorschlag eines Totalumzugs ist daher wohl zumindest in nächster Zeit nicht realistisch."

Mehr im Internet:

Hauptstadtbeschluss des Bundestages, 20.Juni 1999
Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Uni Bonn
Vollständige Parlamentsdebatte mit Rednerliste

http://www.scienzz.de/magazin/art6763.html

Schließen Drucken

Impressum

Spende mit Kreditkarte läuft gut

Bonn - Der im Münster installierte bundesweite erste „elektronische Opferstock“ in einer katholischen Kirche wird gut angenommen. Dank dem neuen Terminal für EC- und Kreditkarten seien im Rahmen einer Spendenaktion für das kirchliche Hilfswerk Misereor 1000 Euro mehr als in den Vorjahren eingenommen worden, sagte der Bonner Stadtdechant Wilfried Schumacher auf ddp-Anfrage. Eine nur wenige Tage laufende Spendenaktion für die Erdbebenopfer auf Java habe weitere 500 Euro erbracht.

Rund 100 Tage nach der Einrichtung des Terminals am 22. März sieht Schumacher die Erwartungen an das Projekt voll erfüllt. „Wir wollen ja nicht den klassischen 'Klingelbeutel' abschaffen, sondern gezielt bei Sonderkollekte für Hilfsaktionen auch von der Kanzel auf das Terminal hinweisen“, erläuterte der Pfarrer der Münster-Gemeinde. So könnten auch Gottesdienstbesucher, die nur wenig Bargeld mit sich führten, spontan und unkompliziert spenden.

Das von der Volksbank unter der Orgelempore installierte Spendenterminal akzeptiert alle deutschen und europäischen EC- Bankkarten sowie die Kreditkarten von Visa und Mastercard. (ddp)

Griff nach den Sternen

Bonn - Zur Stadtranderholung lädt das Jugendzentrum „das flax“ Kinder und Jugendliche ab zehn Jahren ein. Vom 26. Juni bis 14. Juli heißt es „das flax greift nach den Sternen!“. Unter diesem Motto haben sich die Mitarbeiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie wieder etwas Besonderes einfallen lassen. Montags bis freitags von 8 bis 17 Uhr sind Fotoworkshops, Standardtanzkurse, Videodokumentationen und Comiczeichnen im Angebot. Kosten für die drei Wochen Stadtranderholung betragen 150 Euro. Darin enthalten sind tägliches Frühstück und Mittagessen, Getränke, Bastelmaterial und das Abschlussfest. Weitere Informationen gibt es unter ☎ 0228/46 43 09. (VR)

Strukturwandel ist geschafft

Mehr Arbeitsplätze als beim Umzug

Bald wird Generalsekretär Kofi Annan im früheren Regierungsviertel neuen UN-Campus eröffnen.

VON EDGAR BAUER

Bonn - Das vereinte Deutschland wird immer noch aus zwei Städten regiert: Aus Berlin und Bonn. Die Hauptstadt ist zwar weit präsenter in den Medien, doch in Bonn arbeiten noch immer mehr Regierungsbeamte. Vor 15 Jahren, am 20. Juni, fällte der Bundestag seine Entscheidung zum Umzug an die Spree. Der Beschluss war umstritten und kam damals nur deshalb mit knapper Mehrheit (338:320 Stimmen) zu Stande, weil Bonn Ausgleichsmaßnahmen in Aussicht gestellt wurden. Für die Zukunft Bonns wurde das Schlimmste befürchtet. Doch alle Untergangsprognosen trafen nicht ein.

UN-Stadt Bonn

Den Abgang der hohen Politik hat die Stadt bestens bewältigt, die Abgeordneten werden kaum vermisst. Zum Ausgleich für den Umzug hat der Bund in den vergangenen Jahren rund 1,4 Milliarden Euro nach Bonn gepumpt. Mit der Telekom und der Deutschen Post sind zudem zwei Weltkonzerne hier ansässig.

Die Stadt ist auch ein vielbeachteter Standort von Wissenschaft und Kultur. In Kürze wird UN-Generalsekretär Kofi Annan im früheren Regierungsviertel den neuen UN-Campus eröffnen. Oben auf dem ehemaligen Abgeordnetenhochhaus „Langer Eugen“, dem früheren Wahrzeichen der Bonner Republik, glänzt bereits das blau-weiße Emblem der Vereinten Nationen. Vor dem alten Bundestagsplenargebäude baut der koreanische Konzern Hyundai für rund 140 Millionen Euro ein Internationales Kongresszentrum.

„Bonn hat den Strukturwandel geschafft“, sagt Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (SPD). Die frühere behördliche Monostruktur sei durch Vielfalt abgelöst worden. Die Stadt habe heute mehr Einwohner und Arbeitsplätze als beim Umzug 1999. Nur wenige deutsche Städte verzeichneten eine derart niedrige Arbeitslosenquote von 8,2 Prozent.

Trotz wiederholter Versuche, am Umzugsbeschluss und den später im Bonn-Berlin-Gesetz von 1994 verankerten Regelungen zu der fairen Arbeitsteilung" zu rütteln, ist es dabei geblieben, dass sechs Ministerien (Verteidigung, Umwelt, Agrar, Entwicklung, Gesundheit und Bildung) ihren ersten Sitz und die weiteren ihren zweiten Sitz in Bonn haben. Union und SPD bekräftigten das noch einmal ausdrücklich in ihrem Koalitionsvertrag.

Der Rutschbahn-Effekt hielt sich in Grenzen. Viele Verbände und Lobby-Vertretungen zogen nach und nach Berlin, aber Dutzende sind auch in Bonn geblieben. Der Zug nach Bonn war ebenfalls beachtlich: Mehr als 20 Behörden mit knapp 7000 Stellen wurden in den vergangenen Jahre als Ausgleich nach Bonn verlagert. Darunter sind etwa das Bundeskartellamt, der Bundesrechnungshof oder das Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Viele Ministeriumsbeamte tun auch weiterhin in Bonn ihren Dienst. Mit rund 10 200 Beamten und Angestellten sitzen immer noch mehr Regierungsmitarbeiter am Rhein als an der Spree mit etwa 8800. Trotz Schaltkonferenzen gibt es monatlich immer noch rund 5500 Pendel- Flüge. Der Bundesrechnungshof kam aber zu dem Ergebnis, dass die Zweiteilung wirtschaftlicher sei als ein Komplettumzug. Die Pendelei koste jährlich nur etwa zehn Millionen Euro, wohingegen ein Totalumzug sich auf fünf Milliarden Euro summieren würde.

Berlin soll nun im Zuge der Föderalismusreform erstmals auch im Grundgesetz (Artikel 22) als Hauptstadt festgeschrieben werden. Strittig ist, ob in einer Begleitklausel im Gegenzug Bonns Sonderstatus verankert werden soll, wie es vor allem eine Lobby aus Nordrhein-Westfalen will. (dpa)

Das ehemalige Regierungsviertel (Archivbild), mit dem Abgeordneten Hochhaus „Langer Eugen“ (r.) und der Deutschen Welle (vorne). Der „Lange Eugen“ ist heute Herzstück des UN-Standorts. BILD: DPA/ OLIVER BERG

Ein Komplettumzug momentan noch ohne Chance

Heute sehen sich sowohl Gegner als auch Befürworter des Umzugs in ihren Argumenten im Großen und Ganzen bestätigt. Das zeigt eine Magisterarbeit an der Universität Bonn, für die der Politologe Andreas Salz die damaligen Kontrahenten befragt hat. Der immer wieder vorgebrachte Wunsch nach einem „Komplettumzug“, so Salz, habe angesichts der nach wie vor tiefen Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern momentan wohl keine Chance.

Während sich Politiker wie Norbert Blüm oder Rita Süssmuth (beide CDU) gegen die Hauptstadt Berlin aussprachen, plädierten ihre Parteikollegen Wolfgang Schäuble und Rupert Scholz dafür. Auch die SPD zeigte sich gespalten, wenn sich auch unter den Befürwortern eines Umzugs so prominente Genossen wie Wolfgang Thierse und Hans-Jochen Vogel fanden.

Die Umzugsgegner hatten vor 15 Jahren unter anderem argumentiert, dass das Geld für den Umzug besser in den „Aufbau Ost“ fließen solle. Auch repräsentiere das bescheidenere Bonn das föderalistische Prinzip besser als Berlin. In dieser Einschätzung sehen sie sich heute bestätigt: „Natürlich gibt es Zentralisierungstendenzen“, schreibt beispielsweise der FDP-Politiker Gerhard Baum. Rita Süssmuth drückt es ähnlich aus: „Berlin ist zum Magneten geworden, auf den sich Medien, kulturelle Einrichtungen und Berufsverbände fokussieren und konzentrieren.“

universitätbonn

Übereinstimmend stellen die Umzugsgegner fest, dass der Umgangston in der neuen Hauptstadt allerdings rauer sei. Der CDU-Abgeordnete Franz Möller macht zudem soagar eine zunehmende Distanz der politisch Handelnden von den Bürgern aus. „In Bonn wurde rheinisch-fröhlich gehandelt, in Berlin wirkt alles preußisch-steif und verkrampft.“

Änderungen sieht auch der Umzugs-Befürworter Wolfgang Schäuble. Politik und Medienberichterstattung seien rasanter geworden, es lasse sich aber nicht feststellen, ob der Grund dafür der Umzug sei. Schäuble hatte – wie auch Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Thierse und andere Berlin-Befürworter – 1991 unter anderem damit argumentiert, die Bundesrepublik müsse zu ihrem Wort stehen, um glaubwürdig zu bleiben. In den 40 Jahren der Teilung hätten sich die Parteien für den Fall einer Wiedervereinigung stets für die Hauptstadt Berlin ausgesprochen. (VR)

HEUTE IN BONN

THEATER

Oper Bonn Foyer, Konzert mit MArk Morouse, Veranstalter: Opernfreunde, 19.30 Uhr, ☎ 0228/ 77 80 08.
Schauspiel Bonn, Halle Beuel, Alter Malersaal Schultheaterfestival „Spotlight“: „Ein Sommernachtstraum“ von William Shakespeare, (Otto-Kühne-Schule), 19.30 Uhr, ☎ 0228/77 80 22/33.
Schauspiel Bonn, Halle Beuel, Lampenlager Wiederaufnahme. „Kabale/Schiller/Liebe“, Tanz- und Schauspiel-Projekt, 21 Uhr, ☎ 0228/77 80 22/33.
Contra Kreis Theater „Das Wirbitzky-Zeus WM-Studio“, mit Michael Wirbitzky und Sascha Zeus, 19 Uhr, ☎ 0228/63 23 07.
Kleines Theater „Pepsie“, Komödie von Pierette Bruno, Inszenierung: Heide Keller, 20 Uhr, ☎ 0228/ 36 28 39.
Junges Theater Bonn Hermannstraße 50, „Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer“, von Michael Ende, für junge Zuschauer ab fünf Jahren, 10 Uhr, ☎ 0228/ 46 36 72.

LESUNGEN

Kammermusiksaal Beethoven-Haus, Bonngasse 24-26, Martin Geck - Mozart. Eine Biographie“, Peter Korbel begleitet die Veranstaltung an der Gitarre, 19.30 Uhr.
Buchladen Le Sabot „Best of WM - eine heitere Reise um die Fußballwelt“, mit Bürte Hoppe, Alex Feuerherdt und Hardy Grüne, 20 Uhr.

AUSSTELLUNGEN

Bundeskunsthalle „Xiàn - Kaiserliche Macht im Jenseits. Grabfunde und Tempelschätze aus Chinas alter Hauptstadt“ (bis 23. Juli), 10 bis 21 Uhr, Friedrich-Ebert-Allee 4.
Kunstmuseum Bonn „Deutsche Kunst seit 1945“ und „August Macke und die rheinischen Expressionisten“, „Auswahl 3 - Zeitgenössische Kunst aus der Sammlung der Provinzial-Versicherung Düsseldorf“ (bis 25. Juni), „Jean Tinguely: Es bewegt sich alles, Stillstand gibt es nicht“, Ausstellung für Kinder und Jugendliche (bis 24. September), „Jan Verbeek - Bright Future Ahead“ (bis 6. August), 11 bis 18 Uhr, Friedrich-Ebert-Allee 2.
Haus der Geschichte Museum für Zeitgeschichte mit Originalobjekten aus fünf Jahrzehnten, und „Rock! Jugend und Musik in Deutschland“ (bis 15. Oktober), 9 bis 19 Uhr, Willy-Brandt-Allee 14.
Arithmeum im Forschungsinstitut für Diskrete Mathematik „Rechnen einst und jetzt“, Sammlung historischer Rechenmaschinen, 11 bis 18 Uhr, Lennéstraße 2.
Deutsches Museum Bonn „Forschung und Technik in Deutschland nach 1945“ (Dauerausstellung), 10 bis 18 Uhr, Ahrstraße 45.
Wissenschaftszentrum „Staatssicherheit - Garant der SED-Diktatur. Die Machenschaften der Stasi“ (bis 24. Juni), 8 bis 19 Uhr, Ahrstraße 45.
Rheinisches Landesmuseum Zeugnisse rheinischer Geschichte, Kunst und Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart; und „Christoph Loos: »Nanna-Paradox« - Über Bäume in anderen Zuständen“ (bis 16. Juli), 10 bis 18 Uhr, Colmantstraße 14-16.
Museum Alexander Koenig Dauerausstellung „Unser blauer Planet - Leben im Netzwerk“, und Foto-Ausstellung „Die Rückkehr des Königs. Wisente im polnischen Urwald“, „FasziNatur“ (bis 14.1.), 10 bis 18 Uhr, Adenauerallee 160.
Akademisches Kunstmuseum Dauerausstellung „Von Troja bis Byzanz - Antike Kunst aus drei Jahrtausenden“, und „Antike à la carte - Meisterwerke des Klassizismus aus Neapel“ (bis 30. Juli), 10 bis 13 Uhr, Am Hofgarten 21.

Das Standbild von Goethe und Schiller in Weimar, der Palast der Republik oder das Nürnberger Reichsparteitagsgelände: Die Bielefelder Fotografin Pia Malmus zeigt Orte, Landschaften, Städte und Bauten, wo deutsche Geschichte und Kultur ihre Spuren hinterlassen haben. Rund 60 Bilder ihrer Reise durch Deutschland zeigt das Haus der Geschichte in seiner U-Bahn-Galerie. Auch die obige Skyline von Frankfurt.

Bonner Kunstverein „Neuerwerbungen der Artothek“ (bis 25. Juni) und „Leiko Ikemura: Andalusienbilder“ (bis 25. Juni), 11 bis 17 Uhr, Hochstadenring 22.
Frauen Museum „Try to see it my way - The Sonagachi Pictures“ (bis 1. Juli), und „Nachtschatten“ (bis 20. September), „Sexhandel - Mythen, Alltag, Gewalt“ (bis 3. September), 14 bis 18 Uhr, Im Krausfeld 10.
Kurfürstliches Gärtnerhaus „O wie blüht mein Leib! - Installationen von Horst Becker“ (bis 22. Juni), 14 bis 18 Uhr, Beethovenplatz.
Haus der Natur/ Waldinformationszentrum Dauerausstellung „Natur und Landschaft in Bonn und der Kölner Bucht“, u.a. mit dreidimensionalem interaktiven Landschaftsmodell, und „Höhlenbrüter - Nisthilfen für gefiederte Freunde“ (bis Juni), 13 bis 18 Uhr, An der Waldau 50, Termine für Waldführungen unter 91 92 10.
Stadthaus „Natur-Gestein-Bonn“, Fassadengesteine der Bonner Innenstadt aus mineralogischer Sicht (bis 22. Juni), 8 bis 18 Uhr, Foyer, Berliner Platz 2.
Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus geöffnet von 9 bis 15 Uhr, Franziskanerstraße 9.
Beethoven-Haus Geburtsstätte des Musikers, Bilder und Dokumente aus Beethovens Leben und Schaffen, und „50 Jahre Sammlung H.C. Bodmer“ (bis 3. September), 10 bis 18 Uhr, Bonngasse 20.
August Macke Haus „Im Rhythmus der Natur - Landschaft im rheinischen Expressionismus“ (bis 17. September), 14.30 bis 18 Uhr, Bornheimer Straße 96.
Goldfuß-Museum im Institut für Paläontologie der Universität Dauerausstellung „Fossilien: Zeugen vergangener Welten“, 9 bis 16 Uhr, Nußallee 8.
Ägyptisches Museum der Universität Dauerausstellung „Grab, Haus und Tempel“, 12 bis 18 Uhr, Regina-Pacis-Weg 7 (Eingang neben dem Koblenzer Tor).

Bonn und der Kreis zufrieden mit dem Strukturwandel - Kölnische Rundschau - Mozilla Firefox
Datei Bearbeiten Ansicht Gehe Lesezeichen Extras Hilfe
http://www.rundschau-online.de/html/artikel/1149702579277.shtml
kalaydo.de das regionale Findernet » stellen » auto » immo » marktplatz » inserieren
» anzeigen » reisen » treffpunkt » finanzen » familie » zeitungsanzeige aufgeben
Epaper Archiv Abonnement
Kölnische Rundschau rundschau-online.de
KR-Forum Werben Impressum
Mittwoch, 28. Juni 2006
SUCHEN!

Bonn

Bonn und der Kreis zufrieden mit dem Strukturwandel

ERSTELLT 20.06.06, 07:18h

Artikel mailen
Druckfassung

BONN / RHEIN-SIEG-KREIS. 15 Jahre nach der Bonn-Berlin-Umzugsentscheidung des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 haben gestern die obersten Repräsentanten der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises den Strukturwandel als geglückt bezeichnet. Allerdings appellieren Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (SPD) und Landrat Frithjof Kühn (CDU) zugleich an die politisch Verantwortlichen, die faire Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin beizubehalten. Beide warnen, dass ein Totalumzug an die Spree erheblich teurer sei als die Arbeitsteilung.

Reisekosten

sogar gesunken?

„Bonn hat den Strukturwandel geschafft. Beethovens Geburtsstadt ist heute deutsche UNO-Stadt, ein bedeutender Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort", sagt Dieckmann. In Bonn erfüllten zahlreiche Institutionen des Staates Aufgaben von nationaler und internationaler Bedeutung. Gemeinsam mit dem NRW-Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer (CDU), fordert sie von der Politik ein Bekenntnis zur fairen Arbeitsteilung zwischen beiden Städten.

Der Bundesrechnungshof habe im Übrigen festgestellt, dass das Aufgabensplitting erheblich billiger sei als ein Komplettumzug. Auch in puncto Dienstreisen. Es gebe „keine Anhaltspunkte für einen unwirtschaftlichen und nicht akzeptablen aufteilungsbedingten Reiseaufwand", zitiert das Bonner Presseamt die Rechnungsprüfer des Bundes. Diese hätten gestern sogar darauf hingewiesen, dass die 2001 berechneten aufteilungsbedingten Kosten von jährlich zehn Millionen Euro vermutlich deutlich gesunken seien.

Zusätzlich zu der Errichtung der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg (Standorte in Sankt Augustin, Rheinbach, Hennef) habe sich diese Prioritätensetzung vor allem in der Förderung der Alanus-Hochschule Alfter und der Ansiedlung der Internationalen Tourismusfachhochschule in Bad Honnef niedergeschlagen. Abstriche beim positiven Rückblick macht der Landrat allerdings bei der Abwanderung von Verbänden vor allem aus dem Gesundheitswesen, das als politischer Schwerpunktbereich für Bonn festgelegt ist.

Der Bonner Politologe Andreas Salz kommt in einer Magisterarbeit an der Uni Bonn zu dem Ergebnis, dass sich auch 15 Jahre nach dem Beschluss Gegner und Befürworter des Umzugs in ihren Argumenten im Großen und Ganzen bestätigt sähen. Salz hatte für seine Arbeit Politiker angeschrieben, die sich vor 15 Jahren in der Hauptstadtfrage besonders engagiert hatten. Der Wunsch nach einem Komplettumzug hat allerdings nach Meinung von Salz, „angesichts der nach wie vor tiefen Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern momentan wohl keine Chance". (kri)

(KR)

▲nach oben

Bonn ZUR SEITE

JETZT BESTELLEN!
4 Wochen Rundschau zum Vorzugspreis. Sie sparen mehr als 35%.

+ + + Ticker + + + Ticker + + +
14:19 Münsters Regierungspräsident Twenhöven bleibt ein Jahr länger
14:05 HSG Düsseldorf verpflichtet Lemgos Max Ramota
13:11 Tierquäler attackierten tragende Stute mit einem Messer
13:07 Als «Voyeur» eine LKW-Fahrt erleben
Weitere News »

Top Links
-Anzeige-
- Immobilienmakler Greif & Contzen
- REAL² - Immobilien AG
- GAG Immobilien Köln
- Tanzschule Breuer
- Autos .....günstig
- Alfa Romeo / Rover REISSER

Biergärten

Beschreibungen, Adressen, Telefonnummern. Infos zu Biergärten in Köln, Bonn und Rhein-Sieg.

KR-Special

Finanzjournal
Lösen Sie das Kreuzworträtsel und gewinnen Sie Karten fürs Robbie Williams-Konzert.

Germanwings
Hin & Rückflug Einfachflug
von Abflugort
nach Zielort
Tag: Hin-/Rückflug
28 Juni 2006
28 Juni 2006
Flüge suchen

KR-Special

Das Kultspiel Sudoku
Training für die grauen Zellen: Lösen sie die kniffeligen Sudoku-Rätsel jetzt auch online.

KR-SPECIAL

Die Welt in Köln
Im richtigen Outfit zum Fußballfest in der Innenstadt - Gewinnen Sie WM-Fanpakete.

Die Gute Tat
Die Rundschau-Altenhilfe "DIE GUTE TAT" unterstützt ältere Menschen mit Spenden und Zuwendung.

Lokalsport
- Bonn
- Euskirchen

E-Prospekt

NEU Saturn
Angebote ab 24.6.
Angebote ab 23.6.
Angebote ab 21.6.
Holland
Urlaub in Sicht

Germanwings
Hin & Rückflug Einfachflug
von
nach
Tag: Hin-/Rückflug
Flüge suchen

Fertig

Rhein-Zeitung, 22.06.2006, S. 22 (Ausgabe Asbach/Linz/Unkel/Neuwied)

Bonn-Berlin-Beschluss: War Entscheidung richtig?

Kaum Umdenken nach 15 Jahren: Politische Befürworter wie Gegner fühlen sich in ihren Argumenten von damals bestätigt

BONN. Am 20. Juni 1991 entschied der Deutsche Bundestag nach teilweise erbitterter Debatte, Parlament und Teile der Regierung nach Berlin zu verlagern. 15 Jahre später sehen sich sowohl Gegner als auch Befürworter des Umzugs in ihren Argumenten im Großen und Ganzen bestätigt. Das zeigt eine Magisterarbeit an der Universität Bonn, für die der Politologe Andreas Salz die damaligen Kontrahenten befragt hat. Der immer wieder vorgebrachte Wunsch nach einem „Komplettumzug", so Salz, habe angesichts der nach wie vor tiefen Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern momentan wohl keine Chance.

In der Umzug-Frage verlief die Grenze quer durch die Parteien. Während sich Politiker wie Norbert Blüm oder Rita Süssmuth (beide CDU) gegen die Hauptstadt Berlin aussprachen, plädierten ihre Parteikollegen Wolfgang Schäuble und Rupert Scholz dafür. Auch die SPD zeigte sich gespalten, wenn sich auch unter den Befürwortern eines Umzugs so prominente Genossen wie Wolfgang Thierse und Hans-Jochen Vogel fanden.

Der Bonner Politologe Andreas Salz hat für seine Magisterarbeit Politiker angeschrieben, die sich vor 15 Jahren in der Hauptstadtfrage besonders engagiert hatten. „Ich wollte insbesondere wissen, welche Hoffnungen oder Befürchtungen sie damals mit einem Umzug verbunden hatten und ob sie ihre Meinung inzwischen geändert haben", sagt er. Betreut wurde seine Arbeit von Professor Dr. Uwe Holtz, der selbst zwischen 1972 und 1994 Mitglied des Bundestags war und inzwischen am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität lehrt.

Bei der Analyse der Debatte vom 20. Juni 1991 hatten sich laut Salz fünf Argumentationskategorien herauskristallisiert, die sich auf historische, innenpolitische, außenpolitische, verwaltungstechnische und wirtschaftliche Aspekte beziehen. Heute haben nicht mehr alle Argumente Gültigkeit. So seien die Befürchtungen hinsichtlich der negativen Symbolik Berlins so nicht eingetreten. „Berlin knüpft bewusst an die positiven Aspekte seiner Tradition als Hauptstadt Deutschlands an, ohne dabei die Gewaltherrschaften, die von der Stadt ausgegangen sind, zu verdrängen", erklärt Salz. Sowohl Befürworter als auch Gegner sehen viele ihrer Argumente jedoch nach wie vor als gültig an – auch wenn beispielsweise Rita Süssmuth betont, die Entscheidung für Berlin heute zu bejahen

. Die Umzugsgegner hatten vor 15 Jahren unter anderem argumentiert, dass das Geld für den Umzug besser in den „Aufbau Ost" fließen solle. Auch repräsentiere das bescheidenere Bonn das föderalistische Prinzip besser als Berlin. In dieser Einschätzung sehen sie sich heute bestätigt: „Natürlich gibt es Zentralisierungstendenzen", schreibt beispielsweise der FDP-Politiker Gerhard Baum. Rita Süssmuth drückt es ähnlich aus: „Berlin ist zum Magneten geworden, auf den sich Medien, kulturelle Einrichtungen und Berufsverbände fokussieren und konzentrieren."

Übereinstimmend stellen die Umzugsgegner fest, dass der Umgangston in der neuen Hauptstadt rauer sei: „Berlin ist aufgeregter. Berlin ist repräsentativer. Berlin ist großspuriger", erklärt Norbert Blüm. Ins selbe Horn stößt Gerhard Baum: „Berlin ist hektischer, nervöser, rücksichtsloser. Der Kampf der Medien gegeneinander ist härter." Der CDU-Abgeordnete Franz Möller macht zudem eine zunehmende Distanz der politisch Handelnden von den Bürgern aus. „In Bonn wurde rheinisch-fröhlich gehandelt, in Berlin wirkt alles preußisch-steif und verkrampft."

Änderungen sieht auch der Umzugs-Befürworter Wolfgang Schäuble. Politik und Medienberichterstattung seien rasanter geworden, es lasse sich aber nicht feststellen, ob der Grund dafür der Umzug sei. Schäuble hatte – wie auch Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Thierse und andere Berlin-Befürworter – 1991 unter anderem damit argumentiert, die Bundesrepublik müsse zu ihrem Wort stehen, um glaubwürdig zu bleiben. In den 40 Jahren der Teilung hätten sich die Parteien für den Fall einer Wiedervereinigung stets für die Hauptstadt Berlin ausgesprochen. „Die Glaubwürdigkeit ist meines Erachtens auch heute noch eine zentrale Kategorie politischen Handelns", betont Schäuble heute. Zentralisierungstendenzen sehen Schäuble wie auch die anderen Berlin-Befürworter wenn überhaupt lediglich im kleinen Maßstab. „Die Föderalismusreform tendiert jedenfalls nicht in diese Richtung", argumentiert beispielsweise Hans-Jochen Vogel.

„Zwar wird Berlin heute auch auf Seiten der Bonn-Befürworter als Hauptstadt weitgehend akzeptiert", resümiert Andreas Salz. „Allerdings scheinen selbst nach 15 Jahren die Gräben zwischen den Lagern tief und kaum überwindbar." Die 1994 im Berlin/Bonn-Gesetz gefundene Kompromisslösung, nach der beispielsweise ein Teil der Ministerien in Bonn bleibt, sei auch heute noch der kleinste gemeinsame Nenner. „Der immer wieder vorgebrachte Vorschlag eines Totalumzugs ist daher wohl zumindest in nächster Zeit nicht realistisch."